



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für internationalen Handel

2012/2259(INI)

11.3.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für internationalen Handel

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu dem Thema „Aktuelle Herausforderungen und Chancen für erneuerbare
Energieträger auf dem europäischen Energiebinnenmarkt“
(2012/2259(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Yannick Jadot

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass die Politik der EU für Energie aus erneuerbaren Quellen der EU-Wirtschaft genutzt und zur Schaffung von mehr als einer halben Million heimischer Arbeitsplätze¹ beigetragen hat; fordert die Kommission auf, fortan nicht nur ehrgeizig, sondern auch strukturiert und vorausschauend an das Thema erneuerbare Energieträger heranzugehen, was neben Unterstützungsmechanismen, die nachhaltig finanziert, flexibel und je nach Ausgereiftheit der Technologien zweckmäßig sind, auch Maßnahmen zur Förderung von Technologieinnovationen, die Einbeziehung erneuerbarer Energieträger in den Energiemarkt und den Energiemix, die benötigten Übertragungskapazitäten und die Ermittlung neuer strategischer Bereiche umfasst; betont, dass mit dieser Strategie auch der Handel erleichtert und gefördert werden sollte, damit die Bemühungen der Entwicklungsländer speziell auf diesem Gebiet unterstützt und auch erneuerbare Energieträger zu Handelsgütern werden;
2. hebt hervor, dass die EU den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energieträger im Rahmen einer anspruchsvollen gemeinsamen Industriepolitik unterstützen sollte, mit der alle Bereiche von Forschung über Entwicklung bis hin zur Finanzierung abgedeckt sind, da sich nur so die Technologieführerschaft der EU in diesem Bereich sichern lässt;
3. stellt fest, dass der EU gegenwärtig ihre Führungsrolle bei den Technologien für erneuerbare Energieträger unter anderem auch deshalb entgleitet, weil einige Schwellenländer auf unfaire Handelspraktiken zurückgreifen; fordert deshalb die Kommission auf, handelspolitische Schutzinstrumente und den Streitbeilegungsmechanismus der WTO strategisch, rasch und wirksam einzusetzen, um derartigen illegalen Praktiken entgegenzuwirken, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den von diesen illegalen Praktiken betroffenen Unternehmen;
4. fordert die Kommission außerdem auf, die Anwendung von ungerechtfertigten nichttarifären Handelshemmnissen, Subventionen und Dumping-Praktiken durch Handelspartner der EU auf diesem Gebiet genau zu überwachen;
5. weist erneut darauf hin, dass die Kommission die kleinteilige Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen unterstützt; teilt die Ansicht der Kommission, dass die dezentrale Energieerzeugung zahlreiche Vorteile bietet, etwa wenn durch die Nutzung lokal verfügbarer Energiequellen im Zuge der Schaffung von Einkommensquellen und Arbeitsplätzen vor Ort auch die Weiterentwicklung und der Zusammenhalt der Gemeinschaft begünstigt wird und zugleich die Abhängigkeit bestimmter Gebiete der EU von Energieanbietern aus Drittländern verringert wird; betont, dass Anreize für die Nutzung lokaler Ressourcen geschaffen werden müssen, soweit dies wirtschaftlich tragbar ist, damit sich das Potenzial der erneuerbaren Energieträger in vollem Umfang erschließen lässt, und dass hierbei die Vergabe öffentlicher Aufträge alles andere als unerheblich ist;

¹ Eurostat, 2010

6. betont, dass der Handel für die Sicherung der Nachhaltigkeit bei der Erzeugung und Finanzierung von erneuerbaren Energieträgern eine wichtige Funktion hat; weist erneut darauf hin, dass eingeführte Bioenergieträger und Agrokraftstoffe die Nachhaltigkeitskriterien der EU erfüllen sollten und dass diese Kriterien klar definiert werden müssen; fordert die Kommission zu diesem Zweck auf, mit der indirekten Änderung der Flächennutzung ein zusätzliches Kriterium einzuführen; empfiehlt, dass Handelsabkommen Bestimmungen enthalten sollten, in denen auf Entwaldung und Waldschädigung eingegangen wird, und dass darin Anreize für eine vernünftige Bewirtschaftung der Boden- und Wasserressourcen gesetzt werden sollten; fordert die Kommission auf, auch künftig mit den jeweiligen Drittstaaten freiwillige Partnerschaftsabkommen über illegale Abholzung auszuhandeln;
7. macht erneut darauf aufmerksam, dass in den nächsten Jahren aufgrund der Einfuhr fossiler Brennstoffe mit einem Anstieg des Handelsdefizits der EU zu rechnen ist und dass die Abhängigkeit von derartigen Einfuhren mit immer größeren politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Risiken einhergeht; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass heimische Energie aus erneuerbaren Quellen zur Versorgungssicherheit und zur Wiedererlangung einer positiven Handelsbilanz gegenüber Erdöl- und Erdgasexportländern beiträgt, und betont deshalb, dass die heimische Energie aus erneuerbaren Quellen bei der Sicherung der Energieversorgungssicherheit der EU eine größere Rolle spielen sollte;
8. spricht sich dafür aus, dass die internationale Zusammenarbeit zentrale Bedeutung erlangt; weist darauf hin, dass die Nachbarländer – und vor allem die Länder des südlichen Mittelmeerraums – ein großes Potenzial zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen haben; hält die von der EU geplanten tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommen für geeignete Instrumente, mit denen die Staaten dieses Raums in den EU-Energiemarkt integriert werden können und die es auf der Grundlage einer echten Zusammenarbeit ermöglichen, in einer Weise in deren technologische Weiterentwicklung zu investieren, die der Nachhaltigkeit ihrer Volkswirtschaften zugutekommt;
9. betont, dass die Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit der Kommission die Ziele der EU-Politik zum Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energieträger auch in Energie- und Handelsabkommen mit Drittstaaten verankern müssen;
10. vertritt die Auffassung, dass Verfahren zur Zusammenarbeit mit Drittstaaten und der Handel mit ihnen dazu genutzt werden sollten, das Potenzial der erneuerbaren Energieträger besser auszuschöpfen und dass dazu eine Begutachtung der zum sicheren und effizienten Betrieb der einzelstaatlichen Stromversorgungssysteme benötigten Infrastruktur und der Kosten für die Transitländer gehört;
11. betont, dass die geplante engere energiepolitische Zusammenarbeit sowohl innerhalb der EU als auch mit ihren Nachbarstaaten mit dem notwendigen Energieinfrastrukturausbau einhergehen muss;
12. hebt hervor, dass ein funktionierender fairer und freier Handel dazu beitragen kann, erneuerbare Energieträger und Effizienztechnologien schneller und kostengünstiger einzuführen;

13. fordert die Kommission auf, das WTO-Übereinkommen über Informationstechnologie zu berücksichtigen und Möglichkeiten zu prüfen, ein Freihandelsabkommen über Umweltschutztechnologie zu initiieren, mit dem der zollfreie Handel mit Umweltschutztechnologieprodukten eingeführt würde;
14. erinnert daran, dass man sich im Rahmen der G20 darauf geeinigt hatte, die Subventionen für fossile Brennstoffe stufenweise abzubauen; fordert die Kommission auf, rasch Vorschläge mit einem Zeitplan für das Auslaufen sämtlicher Subventionen für fossile Energieträger vorzulegen, die von Einrichtungen wie Exportkreditagenturen, die öffentliche Mittel von der EU oder den Mitgliedstaaten erhalten, gewährt werden;
15. legt der Kommission nahe, sich weiterhin um eine Einigung auf ein Post-Kyoto-Protokoll zu bemühen, mit dem ausgewogenere internationale Wettbewerbsbedingungen für die verarbeitende Industrie in der EU geschaffen werden;
16. fordert die Organe der EU und die zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten auf, die nachteiligen Folgen einer fortgesetzten Deindustrialisierung der EU und der Verlagerung von CO₂-intensiver Produktion in Drittstaaten zu berücksichtigen, wenn sie künftig Rechtsvorschriften, insbesondere zur Senkung der CO₂-Emissionen in der EU, ausarbeiten.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	21.2.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 24 -: 1 0: 3
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	William (The Earl of) Dartmouth, Laima Liucija Andrikienė, Nora Berra, David Campbell Bannerman, Daniel Caspary, María Auxiliadora Correa Zamora, George Sabin Cutaş, Marielle de Sarnez, Christofer Fjellner, Yannick Jadot, Metin Kazak, Franziska Keller, Bernd Lange, David Martin, Vital Moreira, Paul Murphy, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Helmut Scholz, Peter Šťastný, Robert Sturdy, Henri Weber, Paweł Zalewski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Josefa Andrés Barea, Catherine Bearder, Syed Kamall, Jörg Leichtfried, Tokia Saïfi
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Paul Rübig